

Verordnung

der Bundesregierung

Verordnung

**zu der Vereinbarung vom 20. März/25. April 2012
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
über die Errichtung einer Grenzbrücke über den Rhein
zwischen Kehl und Straßburg**

A. Problem und Ziel

Die Große Kreisstadt Kehl in der Bundesrepublik Deutschland und die Stadtgemeinschaft Straßburg (Strasbourg) in der Französischen Republik planen die Errichtung eines Überquerungsbauwerks über den Rhein, welches für den Straßenbahnverkehr, die Benutzung durch Rettungs- und Unterhaltungsfahrzeuge sowie den Rad- und Fußgängerverkehr bestimmt sein soll. Sie haben am 15. März 2012 eine entsprechende Kooperationsvereinbarung geschlossen. Nach Artikel 3 des Abkommens vom 12. Juni 2001 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein, die nicht in der Baulast der Vertragsparteien liegen (sogenanntes Freiburger Abkommen), ratifiziert durch Gesetz vom 28. August 2002 (BGBl. 2002 II S. 2323, 2324; 2004 II S. 575), bedarf die Kooperationsvereinbarung der Billigung durch eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik.

B. Lösung

Billigung der zwischen der Großen Kreisstadt Kehl und der Stadtgemeinschaft Straßburg (Strasbourg) geschlossenen Kooperationsvereinbarung vom 15. März 2012 über die Errichtung eines Überquerungsbauwerks über den Rhein, welches für den Straßenbahnverkehr, die Benutzung durch Rettungs- und Unterhaltungsfahrzeuge sowie

den Rad- und Fußgängerverkehr bestimmt sein soll. Nach Artikel 3 des Freiburger Abkommens kann die Vereinbarung über die Billigung die Form eines diplomatischen Notenwechsels haben. Eine solche Vereinbarung ist mit Notenwechsel vom 20. März/25. April 2012 erfolgt. Durch die Rechtsverordnung, zu deren Erlass die Bundesregierung gemäß Artikel 2 des Gesetzes vom 28. August 2002 ermächtigt worden ist, soll die Voraussetzung für das innerstaatliche Inkrafttreten der durch den Notenwechsel erfolgten Vereinbarung über die Billigung geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Es werden keine Informationspflichten für Bürgerinnen und Bürger eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Es werden keine Informationspflichten für Unternehmen eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Es werden keine Informationspflichten der Verwaltung eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft.

F. Weitere Kosten

Kosten für soziale Sicherungssysteme und Auswirkungen auf Einzelpreise sowie auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten. Für die Wirtschaft, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, entstehen keine Kosten.

29. 08. 12

Vk

Verordnung

der Bundesregierung

Verordnung zu der Vereinbarung vom 20. März/25. April 2012 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die Errichtung einer Grenzbrücke über den Rhein zwischen Kehl und Straßburg

Bundesrepublik Deutschland
Die Bundeskanzlerin

Berlin, den 29. August 2012

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich die von der Bundesregierung beschlossene

Verordnung zu der Vereinbarung vom 20. März/25. April 2012 zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die
Errichtung einer Grenzbrücke über den Rhein zwischen Kehl und Straß-
burg

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 80 Absatz 2
des Grundgesetzes herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwick-
lung.

Dr. Angela Merkel

**Verordnung
zu der Vereinbarung vom 20. März/25. April 2012
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
über die Errichtung einer Grenzbrücke über den Rhein
zwischen Kehl und Straßburg**

Vom

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 28. August 2002 zu dem Abkommen vom 12. Juni 2001 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein, die nicht in der Baulast der Vertragsparteien liegen (BGBl. 2002 II S. 2323), verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Die durch Notenwechsel vom 20. März/25. April 2012 erfolgte Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Billigung der zwischen der Großen Kreisstadt Kehl und der Stadtgemeinschaft Straßburg (Strasbourg) am 15. März 2012 geschlossenen Kooperationsvereinbarung über die Errichtung eines Überquerungsbauwerks über den Rhein, welches für den Straßenbahnverkehr und die Benutzung durch Rettungs- und Unterhaltungsfahrzeuge sowie den Rad- und Fußgängerverkehr bestimmt sein soll, wird hiermit in Kraft gesetzt. Der Notenwechsel wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem die durch den Notenwechsel geschlossene Vereinbarung nach ihrer Inkrafttretensklausel in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

—————
Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den

Die Bundeskanzlerin

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Begründung zur Verordnung

Zu Artikel 1

Artikel 1 setzt die durch den Notenwechsel erfolgte Billigung der zwischen der Großen Kreisstadt Kehl und der Stadtgemeinschaft Straßburg (Strasbourg) am 15. März 2012 geschlossenen Kooperationsvereinbarung über die Errichtung eines Überquerungsbauwerks über den Rhein, welches für den Straßenbahnverkehr und für die Benutzung durch Rettungs- und Unterhaltungsfahrzeuge sowie den Rad- und Fußgängerverkehr bestimmt sein soll, in Kraft.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 2 des Gesetzes vom 28. August 2002 (BGBl. 2002 II S. 2323) erforderlich.

Zu Artikel 2

Absatz 1 regelt das Inkrafttreten der Verordnung.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt des Inkrafttretens der durch Notenwechsel geschlossenen Vereinbarung nach ihrer Inkrafttretensklausel im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkungen

Die Verordnung hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Haushalte des Bundes, der Länder und Kommunen. Durch die Billigung der zwischen der Großen Kreisstadt Kehl und der Stadtgemeinschaft Straßburg (Strasbourg) geschlossenen Kooperationsvereinbarung werden diese in die Lage versetzt, ein Überquerungsbauwerk über den Rhein zu errichten, welches für den Straßenbahnverkehr, die Benutzung durch Rettungs- und Unterhaltungsfahrzeuge sowie den Rad- und Fußgängerverkehr bestimmt sein soll. Dies erleichtert das Verwaltungshandeln vor Ort.

Es werden keine Informationspflichten für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und die Verwaltung eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft.

Kosten entstehen durch die Verordnung weder bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere nicht bei mittelständischen Unternehmen, noch bei sozialen Sicherungssystemen.

Vor diesem Hintergrund sind Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, nicht zu erwarten.

Gleichstellungspolitische Auswirkungen sind nicht zu erwarten.

Die Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wurden geprüft. Die Verordnung hat keine Auswirkungen auf die Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.

Auswärtiges Amt

Berlin, den 20. März 2012

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Französischen Republik unter Bezugnahme auf Artikel 3 des Abkommens vom 12. Juni 2001 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein, die nicht in der Baulast der Vertragsparteien liegen, nachfolgend „das Abkommen“ genannt, den Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Billigung der Errichtung einer Grenzbrücke über den Rhein vorzuschlagen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Die Kommunen Kehl und Straßburg (Strasbourg) beabsichtigen, bei Stromkilometer 293,6 gemäß den Bestimmungen des Abkommens vom 12. Juni 2001 über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein, die nicht in der Baulast der Vertragsparteien liegen, eine Grenzbrücke über den Rhein zu errichten.
2. Das Abkommen vom 12. Juni 2001 legt fest, dass die beiden Regierungen die Errichtung einer Grenzbrücke zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik als Verbindung zwischen öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen in der Bundesrepublik Deutschland und der Autobahnen und Nationalstraßen in Frankreich durch eine zwischen ihnen geschlossene Vereinbarung billigen müssen.
3. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Französischen Republik haben keine Bedenken gegen den Bau der unter Nummer 1 genannten Grenzbrücke und billigen deren Errichtung. Sie tun dies in Kenntnis der hierzu am 15. März 2012 geschlossenen Kooperationsvereinbarung zwischen der Großen Kreisstadt Kehl und der Stadtgemeinschaft Straßburg über die Verlängerung der Linie D des Straßbahnnetzes des Großraums Straßburg nach Kehl, die den Anforderungen des Artikels 4 des Abkommens entspricht.
4. Die Vertragsparteien setzen die betroffenen Kommunen über das Inkrafttreten dieser Vereinbarung unverzüglich in Kenntnis.
5. Diese Vereinbarung wird in deutscher und französischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Französischen Republik mit den unter den Nummern 1 bis 5 gemachten Vorschlägen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Französischen Republik zum Ausdruck bringende Antwortnote der Botschaft der Französischen Republik eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik bilden, die an dem Tag in Kraft tritt, an dem beide Regierungen einander mitgeteilt haben, dass die jeweiligen innerstaatlichen Verfahren für das Inkrafttreten beendet sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Notifikation.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Französischen Republik erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der Französischen Republik

Ministère fédéral
des Affaires étrangères

Berlin, le 20 mars 2012

Note verbale

Le Ministère fédéral des Affaires étrangères de la République fédérale d'Allemagne présente ses compliments à l'Ambassade de France et, se référant à l'article 3 de l'Accord du 12 juin 2001 entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République française relatif à la construction et à l'entretien de ponts frontières sur le Rhin dont les Parties contractantes n'assurent pas la maîtrise d'ouvrage, ci-après dénommé «l'Accord du 12 juin 2001», a l'honneur de lui proposer la conclusion d'un Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République française relatif à l'autorisation de construire un pont frontière sur le Rhin, rédigé dans les termes suivants:

1. Les communes de Kehl et Strasbourg (Straßburg) ont l'intention de construire, conformément aux dispositions de l'Accord du 12 juin 2001, un pont frontière sur le Rhin à hauteur du kilomètre 293,6 du fleuve.
2. L'Accord du 12 juin 2001 dispose que la construction d'un pont frontière entre la République fédérale d'Allemagne et la République française faisant la liaison entre des voies publiques en dehors du réseau des routes fédérales de grande communication en République fédérale d'Allemagne et des autoroutes et routes nationales en France doit faire l'objet d'une autorisation des deux Gouvernements exprimée par la voie d'un Accord entre eux.
3. Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République française n'ont pas de réserves concernant la construction du pont frontière mentionné au paragraphe 1 ci-dessus et l'autorisent. Ils le font en prenant acte de la Convention de coopération conclue à cet effet le 15 mars 2012 entre la Ville de Kehl (Große Kreisstadt Kehl) et la Communauté Urbaine de Strasbourg et relative à l'extension de la ligne D du réseau de tramway de l'agglomération de Strasbourg vers Kehl, convention qui satisfait aux exigences contenues à l'article 4 de l'Accord du 12 juin 2001.
4. Les Parties contractantes informeront sans délai les communes concernées de l'entrée en vigueur du présent Accord.
5. Le présent Accord est conclu en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Si le Gouvernement de la République française déclare accepter les propositions du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne formulées aux paragraphes 1 à 5 ci-dessus, la présente note verbale et la note de réponse de l'Ambassade de France exprimant l'accord du Gouvernement de la République française constitueront un Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République française. L'Accord entrera en vigueur à la date à laquelle les deux Gouvernements se seront mutuellement informés que les procédures internes nécessaires à son entrée en vigueur auront été accomplies. La date prise en considération sera celle de la réception de la dernière notification.

Le Ministère fédéral des Affaires étrangères saisit cette occasion pour renouveler à l'Ambassade de France les assurances de sa haute considération.

Ambassade de France

Botschaft der
Französischen Republik in Deutschland

Berlin, den 25. April 2012

Verbalnote

Die Botschaft der Französischen Republik beehrt sich, dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf dessen Verbalnote Nr. E10-9.321.00/60 vom 20. März 2012 das Einverständnis der Regierung der Französischen Republik zu den darin enthaltenen Bestimmungen mitzuteilen, die wie folgt lauten:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Die Verbalnote des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland und diese Antwort bilden somit in Anwendung des Artikels 3 des Abkommens vom 12. Juni 2001 eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen über die Billigung der Errichtung einer Grenzbrücke über den Rhein.

Die Botschaft der Französischen Republik benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

An das
Auswärtige Amt
Referat E 10 – Bilaterale Beziehungen zu Frankreich
und zum Fürstentum Monaco
Berlin

Ambassade de
France en Allemagne

Berlin, le 25 avril 2012

Note verbale

L'ambassade de France présente ses compliments au ministère fédéral des Affaires étrangères, et, se référant à sa note verbale n° E10-9.321.00/60 du 20 mars 2012, a l'honneur de lui faire connaître l'accord de son Gouvernement sur les dispositions qu'elle contient, et qui sont les suivantes:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

La note verbale du Ministère fédéral des affaires étrangères de la République fédérale d'Allemagne et la présente réponse constituent donc un Accord de nos deux Gouvernements relatif à l'autorisation de construire un pont frontière sur le Rhin, en application de l'article 3 de l'Accord du 12 juin 2001.

L'Ambassade de France saisit cette occasion pour renouveler au Ministère fédéral des affaires étrangères les assurances de sa très haute considération.

Ministère fédéral des Affaires étrangères
Sous Direction des relations bilatérales avec la France
et la principauté de Monaco (E10)
Berlin

Denkschrift

1. Allgemeines

Die Große Kreisstadt Kehl in der Bundesrepublik Deutschland und die Stadtgemeinschaft Straßburg (Strasbourg) in der Französischen Republik beabsichtigen die Errichtung eines Überquerungsbauwerks über den Rhein, welches für den Straßenbahnverkehr und die Benutzung durch Rettungs- und Unterhaltungsfahrzeuge sowie den Rad- und Fußgängerverkehr bestimmt sein soll.

Rechtsgrundlage für die Errichtung des Bauwerks ist das Abkommen vom 12. Juni 2001 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein, die nicht in der Baulast der Vertragsparteien liegen (BGBl. 2002 II S. 2323, 2324; 2004 II S. 575). Dieses Abkommen regelt die Grundsätze über den Bau und die Erhaltung der Grenzbrücken im Zuge des nachgeordneten Straßennetzes. Zum nachgeordneten Straßennetz gehören auf deutscher Seite auch Gemeindestraßen und sonstige öffentliche Wege, also auch Fuß- und Radwege. Nach Artikel 3 des vorgenannten Abkommens bedarf die Errichtung der Grenzbrücke im Zuge eines Fuß- und Radweges der Billigung in Form einer Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung

der Französischen Republik. Die Vereinbarung kann die Form eines Notenwechsels haben.

Eine solche Vereinbarung ist durch die einleitende Verbalnote des Auswärtigen Amts vom 20. März 2012 und die Antwortnote der Botschaft der Französischen Republik in Berlin vom 25. April 2012 geschlossen worden.

2. Besonderes

Durch den Notenwechsel erklären die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Französischen Republik übereinstimmend entsprechend Artikel 3 des vorgenannten Abkommens, keine Bedenken gegen den Bau einer Grenzbrücke über den Rhein zwischen der Großen Kreisstadt Kehl und der Stadtgemeinschaft Straßburg (Strasbourg) bei Stromkilometer 293,6 zu haben und deren Errichtung zu billigen. Sie erklären gleichzeitig, dass die am 15. März 2012 zwischen der Großen Kreisstadt Kehl und der Stadtgemeinschaft Straßburg (Strasbourg) geschlossene Kooperationsvereinbarung über die Errichtung der vorgenannten Grenzbrücke den Anforderungen des Artikels 4 des Abkommens vom 12. Juni 2001 entspricht.